Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1785
23. 06. 95

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 28. Juni 1995

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordneter **Christoph Matschie** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Erprobung der Sonnenenergienutzung in Indonesien mit 40 Mio. DM gefördert hat, jetzt aber die Beteiligung an einem Kreditprogramm zum umfangreichen Einsatz von Photovoltaik im ländlichen Raum ablehnt, und wenn ja, welche Gründe gibt es für die Ablehnung?

2. Abgeordneter **Christoph Matschie** (SPD)

Trifft es zu, daß Indonesien der deutschen Photovoltaik-Industrie, im Falle einer deutschen Beteiligung am Kreditprogramm, Aufträge in Aussicht gestellt hatte und daß jetzt Aufträge für 30000 Photovoltaikanlagen an ein australisches Unternehmen gegangen sind, da Australien das Kreditprogramm mitfinanziert?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordnete **Ingrid Holzhüter** (SPD)

Welche Gruppen von Kindern und Jugendlichen werden vom Bundeskanzler aus welchen Regionen zu seinem Fest im September eingeladen?

4. Abgeordnete **Ingrid Holzhüter** (SPD)

Wie kann es die Bundesregierung verantworten, daß z. B. zwei Schulklassen aus Berlin-Neukölln und Berlin-Hellersdorf, darunter eine Integrationsklasse mit vielen Schülern ausländischer Herkunft und einem Rollstuhlfahrer, zum Kanzlerfest eingeladen werden, die Übernahme der Kosten für Anreise und Übernachtung in Höhe von mindestens 200 DM aber offenkundig von den Eltern erwartet wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

5. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Ab wann hat die tschechoslowakische/tschechische Regierung die Existenz einer deutschen Minderheit in ihrem Land anerkannt, und welche politischen und gesetzlichen Folgerungen hat sie aus dieser Anerkennung gezogen?

6. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)** (F.D.P.)

Was hat die Republik Frankreich nach der völligen Veränderung der Sicherheitssituation in Europa unternommen, um die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland als Zielgebiet ihrer Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen auszuschließen?

7. Abgeordnete **Dr. Angelika Köster-Loßack** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang wird die Pflege von Kriegsgräbern und Kriegsdenkmälern im Ausland aus Bundesmitteln seit 1990 pro Jahr gefördert, und welche Organisationen und Träger sind Empfänger dieser Mittel?

8. Abgeordnete **Dr. Angelika Köster-Loßack** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Höhe belaufen sich die jährlichen Bundesmittel für die Pflege und Unterhaltung von KZ-Gedenkstätten und antifaschistischen Gedenkstätten im Ausland seit 1990, und welche Organisationen und Träger sind Empfänger dieser Fördermittel?

9. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Verweigerung einer Stellungnahme an den Internationalen Gerichtshof, der die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen aufgefordert hatte, bis zum 20. Juni 1995 eine Erklärung zu der Frage der völkerrechtlichen Legalität des Einsatzes von Atomwaffen abzugeben?

10. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind dieser Aufforderung nach einer Stellungnahme zur Frage der völkerrechtlichen Legalität von Atomwaffeneinsätzen nachgekommen, und welche haben eine solche Stellungnahme abgelehnt?

11. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von Brasilien geplante Aufrüstung mit Kampfpanzern auf dem Hintergrund ihrer Ankündigung im „Lateinamerikakonzept der Bundesregierung" vom Mai dieses Jahres: „Die Bundesregierung will durch Vermittlung europäischer Erfahrungen auf dem Gebiet der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen dazu beitragen, daß grenzüberschreitende Konflikte ausgeschlossen und Streitkräfte in einem sicheren Umfeld weiter vermindert werden können"?

12. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Informationen besitzt die Bundesregierung in bezug auf Überfälle auf deutsche Touristen in der Dominikanischen Republik, bei denen es in der Vergangenheit zu schweren Fällen von

Gewaltanwendung, insbesondere auch Vergewaltigungen, kam, sowie den Ausgang diesbezüglicher Ermittlungen der Behörden der Dominikanischen Republik, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, in Zusammenarbeit mit den zuständigen dortigen Behörden einen besseren Schutz deutscher Touristen in der Dominikanischen Republik zu erreichen bzw. sich – sofern ihr Informationen über Vorgänge der beschriebenen Art nicht vorliegen – entsprechende Informationen zu verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

13. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

An welchen Standorten befinden sich die in Baden-Württemberg errichteten Hilfskrankenhäuser, mit denen in einem Verteidigungsfall zusätzliche stationäre Behandlungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden sollen?

14. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, ob bei dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie den einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz die Personalien von Unterstützern einer Kandidatur der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) zur Europaparlamentswahl im Juni 1994 ebenso weiter aufbewahrt werden wie bei dem brandenburgischen Landesamt für Verfassungsschutz und möglicherweise – entgegen dessen Auskunft (laut Merkische Allgemeine Zeitung vom 30. Mai 1995) – nicht durch einen geheimen Verbindungsmann, sondern durch Wahlbehörden an den Verfassungsschutz übermittelt wurden, obwohl diese Unterstützerunterschriften entsprechend § 90 der Bundeswahlordnung sechs Monate nach der Wahl zu vernichten waren, und stimmt die Bundesregierung, falls das Bundesamt an diesen Vorgängen tatsächlich beteiligt wäre, mir auf dieses bezogen zu, wenn ich mir die Bewertung des brandenburgischen Datenschutzbeauftragten in dessen jüngsten Tätigkeistbericht zu eigen mache, bei einer solchen Praxis handele es sich um einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Wahlrecht bzw. -geheimnis, und der Verfassungsschutz müsse die betreffenden Daten unverzüglich vernichten?

15. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung Auskunft geben über Einzelheiten des Austausches personenbezogener Daten (Anzahl der beidseits übermittelten Datensätze, beteiligte Behörden, Übermittlungszwecke, Rechtsgrundlagen) zwischen den

Sicherheitsbehörden Abu Dhabis sowie des Bundes und der Länder Deutschlands in den vergangenen zehn Jahren, und teilt die Bundesregierung die kürzliche Bewertung eines Vertreters der Regierung von Abu Dhabi gegenüber einer Delegation des Deutschen Bundestages, die Zusammenarbeit mit den deutschen Sicherheitsbehörden sei sehr intensiv?

16. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe wird der „Deutsche Freundschaftskreis Breslau" von der Bundesregierung direkt oder indirekt gefördert, und welche Konsequenzen hinsichtlich der Förderung wird die Bundesregierung daraus ziehen, daß die ehemalige stellvertretende Vorsitzende und Abgeordnete im Europaparlament der „Republikaner", Johanna Grund, in den Vorstand des „Deutschen Freundschaftskreis Breslau" gewählt wurde?

17. Abgeordneter **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den von der hessischen Landesregierung erlassenen sechsmonatigen Abschiebestop für Kurden aus der Türkei, und was wird die Bundesregierung konkret gegen diese Maßnahme der hessischen Landesregierung unternehmen?

18. Abgeordneter **Joachim Tappe** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung auch Einsparungen beim Bundesgrenzschutz vorzunehmen, und wenn ja, bedeutet dies eine Gefährdung von Grenzschutzstandorten?

19. Abgeordneter **Joachim Tappe** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Modifizierung am Bundesgrenzschutzstandort in Hessen, insbesondere in Eschwege, und für welchen Zeitraum ist eine Standortsicherung gegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordneter **Ottmar Schreiner** (SPD)

Welche Verstöße gegen die tariflichen und rechtlichen Bestimmungen für das Bewachungsgewerbe in Nordrhein-Westfalen hat die Bewachungsfirma beim Bewachungsauftrag Börde-Kaserne begangen, und welche Konsequenzen sind daraus im Hinblick auf weitere Aufträge durch öffentliche Dienststellen an sie nach Ansicht der Bundesregierung zu ziehen?

21. Abgeordneter
Ottmar Schreiner
(SPD)

Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung ein Arbeitsvertrag für Bewachungsaufgaben zu qualifizieren, der unter anderem eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 60 Stunden, ein Arbeitsentgelt von 6,50 DM sowie eine Auslöse von 2,50 DM pro Stunde (alte Bundesländer) bzw. 7 DM pro Stunde (neue Bundesländer) sowie die Verpflichtung zum Kauf der Arbeitskleidung vom Arbeitgeber vorsieht, und welche Konsequenzen würden sich aus der Kenntnis dieses Arbeitsvertrages hinsichtlich einer Vergabeentscheidung ergeben?

22. Abgeordneter
Gerd Andres
(SPD)

Wie viele Arbeitsplätze nach § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) werden 1996 von der Bundesregierung über die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben gefördert, und in welcher Größenordnung werden sich die damit verbundenen finanziellen Mittel zur Förderung von § 249h AFG-Projekten bewegen?

23. Abgeordneter
Meinolf Michels
(CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Haltung, daß auch juristische Personen, die aus oder im Zusammenhang mit der Liquidation einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gegründet worden sind, erst dann zum Flächenerwerb berechtigt sind, wenn die zuständige Landesbehörde die ordnungsgemäße Durchführung des Liquidationsverfahrens festgestellt hat?

24. Abgeordneter
Meinolf Michels
(CDU/CSU)

Welche Nachweise sind nach Auffassung der Bundesregierung von den betroffenen Unternehmen für die Feststellung der ordnungsgemäßen Liquidation zu erbringen?

25. Abgeordneter
Günter Gloser
(SPD)

Ist bereits eine Entscheidung über die Beibehaltung bzw. Verlegung des Nürnberger Bundesvermögensamtes getroffen worden, und wenn nein, wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

26. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)

Welche strukturpolitischen Maßnahmen wurden oder werden von der Bundesregierung, gemeinsam mit der Regierung des Freistaates Sachsen, vorgesehen, und falls abgeschlossen, mit welchem Ergebnis, um in den Grenzregionen des Westerzgebirges und des Vogtlandes der dortigen Arbeitslosigkeit – der höchsten in Deutschland überhaupt – wirksam zu begegnen?

27. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Bericht einer deutsch-britischen Arbeitsgruppe der Wirtschaftsministerien und Industrievertreter dieser Länder unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs, Dr. Norbert Lammert, in dem gefordert wird, den einheitlichen Vorsorgegrenzwert von 0,1 Mikrogramm/Liter für Pestizide in der EG-Trinkwasserrichtlinie abzuschaffen, damit die „Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Pflanzenschutzmittelindustrie nicht behindert" wird, und wie ist dies mit den Versicherungen der Bundesregierung zu vereinbaren, für eine Beibehaltung des Vorsorgegrenzwertes in Deutschland und in der EU einzutreten?

28. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)

Wie verträgt sich die Forderung des Bundesministers für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt, in seinem Positionspapier über Kernpunkte einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft vom Juni 1995, ordnungsrechtliche Vorgaben sollten auf Umweltschutzanforderungen verzichten und sich auf den Schutz höherrangiger Rechtsgüter, z. B. auf den Schutz von Leben und Gesundheit, konzentrieren, obwohl dies alles zusammengehört, mit dem Prinzip des vorsorgenden Umweltschutzes, auf das sich die Bundesregierung in internationalen Abkommen verpflichtet hat, und welche konkrete gesetzliche Anforderung im Gewässerschutz und bei der Luftreinhaltung sollen demnach nach Meinung der Bundesregierung in Kürze wegfallen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

29. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu Vorwürfen des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL, bei der Liquidation und Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in den neuen Bundesländern in Gesellschaften des Privatrechts habe es in großem Maßstab Unregelmäßigkeiten und ungerechtfertigte Bereicherungen durch ehemalige SED-Funktionärskreise gegeben, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Änderung bzw. Ergänzung einschlägiger rechtlicher Vorschriften eine Korrektur der so entstandenen Ungleichheit und Konzentration in der Verteilung der bewirtschafteten Böden herbeizuführen?

30. Abgeordneter
Dietmar Schütz (Oldenburg)
(SPD)

Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über den Einsatz und die Herkunft von mit bis zu 800 PS ausgestatteten sog. „Euro-Kuttern" im Bereich der Plattfisch-Schutzzone vor der niedersächsischen Nordseeküste, und kann sie bestätigen, daß diese Kutter die Gewichtsbegrenzungen von 800 Kilogramm für Fanggeschirre und die Fangquoten in der Seezungenfischerei überschreiten?

31. Abgeordneter
Dietmar Schütz (Oldenburg)
(SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Einhaltung der bestehenden Regelungen hinsichtlich der technischen Ausrüstung der Kutter und des Fanggerätes sowie der Fanggebiete und Fangquoten besser zu überwachen und ggf. zu erzwingen?

32. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)

Wie hat sich in Großbritannien in den Jahren 1990 bis 1995 das durchschnittliche Alter der geschlachteten Mastrinder und der geschlachteten Milchkühe verändert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

33. Abgeordneter
Gerd Andres
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Überlegung, die zeitliche Befristung „bis zum 31. Dezember 1997" im § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes zu streichen und parallel die zeitliche Befristung des individuellen Förderzeitraums im oben genannten Paragraphen von 36 auf 48 Monate zu erweitern?

34. Abgeordneter
Hans Büttner (Ingolstadt)
(SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, damit die Anregung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaft (WSA) vom 26. und 27. Februar 1992 von der EU-Kommission endlich umgesetzt wird, die eine vergleichende Darstellung der verschiedenen Beteiligungssysteme in den Ländern der EU fordert, auf deren Grundlage ein gemeinsames Modell der Arbeitnehmerbeteiligung am Unternehmenskapital zur Orientierung für eine nationale und längerfristig auch für eine EU-weite Regelung erarbeitet werden kann?

35. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Bis wann gedenkt die Bundesregierung, den 1992 von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem WSA gemachten Vorschlag, im Rahmen des Aktionsprogramms zur Sozialcharta eine Empfehlung „zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinn- und Betriebsergebnissen" zu erlassen, aufzugreifen und in Form eines nationalen Gesetzes vorzulegen, das nach den Vorschlägen des WSA eine Beteiligung der Sozialpartner vorsehen muß?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

36. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Trifft die Aussage zu, daß die Munitionsdepots des Heeres derzeit eine Kapazität von 200% besitzen, so daß überlegt wird, viele der Depots ganz zu schließen, und wie sehen die Planungen der Bundesregierung aus, die derzeitige Auslastung der Heeresdepots zu verändern?

37. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Gibt es seitens des Bundesministeriums der Verteidigung bereits genaue Vorschläge, welche Munitionsdepots geschlossen werden sollen, und welche Kriterien sind für die Schließungen vorgesehen?

38. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Endverbleibsklausel aufzuheben, mit der der Verbleib von 61 in Deutschland produzierte und an Belgien gelieferte Panzer Leopard 1 im NATO-Gebiet sichergestellt werden sollte, um Brasilien den Kauf dieser Panzer zu ermöglichen, und beabsichtigt die Bundesregierung der Firma Gesellschaft für Logistischen Service mbH (GLS), München, Genehmigungen zum Verkauf von Ersatzteilen zur Generalüberholung dieser Panzer zu erteilen, nachdem sie dieser Firma 534 ausgemusterte Panzer Leopard 1 aus Beständen der Bundeswehr zur Verwertung überlassen hat?

39. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie stellt sich der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und Stationierungsstreitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich der Erweiterung bzw. Sanierung der Kläranlage der US Air Base Spangdahlem gegenwärtig dar, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Finanzierung der Kläranlagensanierung bzw. -erweiterung mit den zeitlichen Vorstellungen der betroffenen Gebietskörperschaften zu harmonisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

40. Abgeordnete
Regina Schmidt-Zadel
(SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Selbstverwaltung der Krankenkassen neu zu organisieren, wenn durch die gesetzliche Festschreibung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung die Beiträge nicht mehr je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden?

41. Abgeordnete
Regina Schmidt-Zadel
(SPD)

Setzt die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung in Zukunft nicht mehr auf die paritätisch besetzte Selbstverwaltung bei den Krankenkassen?

42. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Aussagen, daß bei einer gesetzlichen Festschreibung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung die Tarifauseinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wesentlich härter geführt werden, um die zu erwartenden Einkommenseinbußen der Arbeitnehmer durch entsprechende Lohnerhöhungen auszugleichen?

43. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei einer gesetzlich vorgegebenen Einnahmebegrenzung in der Gesetzlichen Krankenversicherung neue medizinische Leistungen und Entwicklungen künftig nicht mehr bzw. nur teilweise in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden können?

44. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine gesetzlich vorgegebene Einnahmenbegrenzung in der Gesetzlichen Krankenversicherung für den Gesundheitssektor innovationshemmend ist?

45. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die prognostizierte Gefährdung des sozialen Friedens in Deutschland, wenn der Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung gesetzlich festgeschrieben würde?

46. Abgeordneter **Horst Schmidbauer (Nürnberg)** (SPD)

Plant die Bundesregierung in der Folge einer gesetzlichen Fixierung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung höhere Selbstbeteiligungen der Patienten?

47. Abgeordneter **Horst Schmidbauer (Nürnberg)** (SPD)

Plant die Bundesregierung in der Folge einer gesetzlichen Fixierung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung Kürzungen im Leistungskatalog der Krankenkasse?

48. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)

Treffen die Meldungen zu, wonach der Bundesminister für Gesundheit der drohenden Ausgabenexpansion in der Gesetzlichen Krankenversicherung, die er offensichtlich nach Auslaufen der sektoralen Ausgabenbudgetierung im kommenden Jahr erwartet, mit einer Einnahmenbegrenzung begegnen will?

49. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)

Unter welchen Voraussetzungen will der Bundesminister für Gesundheit bei einer gesetzlich vorgegebenen Einnahmenbegrenzung in der Gesetzlichen Krankenversicherung den Arbeitnehmerbeitragssatz floaten lassen?

50. Abgeordneter **Rudolf Dreßler** (SPD)

Ist bei der vom Bundesministerium für Gesundheit angekündigten gesetzlichen Fixierung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung daran gedacht, lediglich den Arbeitgeberbeitragssatz festzuschreiben und den Arbeitnehmerbeitragssatz floaten zu lassen?

51. Abgeordneter **Rudolf Dreßler** (SPD)

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung bei einem gesetzlich festgeschriebenen Arbeitgeberbeitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung auf den Arbeitnehmeranteil?

52. Abgeordnete **Petra Ernstberger** (SPD)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der bisherigen Zahl BSE-erkrankter Rinder in Großbritannien und Nordirland aus den Geburtsjahrgängen 1991 und 1992?

53. Abgeordnete **Petra Ernstberger** (SPD)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Aussagen von britischer Seite zu, daß die Chancen einer maternalen Übertragung bei mindestens 5% liegt, und welche Konsequenzen werden daraus abgeleitet?

54. Abgeordnete **Waltraud Lehn** (SPD)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts der von britischer Seite bestätigten Tatsache, daß offensichtlich immer noch BSE-kontaminierte Futtermittel vorhanden sind und verfüttert werden (Pressemeldung vom 13. Juni 1995)?

55. Abgeordnete **Waltraud Lehn** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Mitteilung der Britischen Botschaft, daß nunmehr eine Übertragung von einem Tier auf das andere nicht länger ausgeschlossen werden könne?

56. Abgeordnete **Antje-Marie Steen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, ein Moratorium bis 1997 zu unterstützen, um Entscheidungen über ein weiteres Vorgehen in Sachen BSE, fundiert auf der Basis von neuerer Forschung und den Ergebnissen aus dem im Vereinigten Königreich durchgeführten Langzeitversuch, treffen zu können?

57. Abgeordnete **Antje-Marie Steen** (SPD)

Welche Forschungsvorhaben werden derzeit zur Thematik BSE durchgeführt, und welche Ergebnisse liegen besonders hinsichtlich der Erregerstruktur, der Möglichkeit der BSE-Erkennung beim lebenden Tier und hinsichtlich eines postmortalen Schnelltests vor?

58. Abgeordnete **Gudrun Schaich-Walch** (SPD)

Teilt der Bundesminister für Gesundheit die Ansicht, daß durch die nun akut aufgetretene BSE-Erkrankung eines nach 1992 geborenen Kalbes die bisherige Annahme, BSE werde nur über Tiermehlverfütterung übertragen, deutlich in Frage gestellt wird?

59. Abgeordnete **Gudrun Schaich-Walch** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des aktuellen Geschehens den Beschluß des Bundesrates vom 20. Januar 1995 zu übernehmen, und ist sie bereit, von der ohnehin nur bis zum 4. August 1995 geltenden Dringlichkeitsverordnung sofort Abstand zu nehmen?

60. Abgeordneter **Matthias Weisheit** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Anfang Juni bekannt gewordenen eines 1992 in Großbritannien geborenen und an BSE erkrankten Rindes in Hinsicht auf die derzeit geltende Einfuhrverordnung für britisches Rindfleisch?

61. Abgeordneter **Matthias Weisheit** (SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung – vor dem Hintergrund dieser neuen Entwicklung – gegenüber der EU ergreifen, um die Verbraucher vor BSE-verseuchtem Rindfleisch zu schützen?

62. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß aufgrund der aktuellen Vorkommnisse eine Verbringung britischer Rinder ab dem Geburtsjahrgang 1992 sowie britischen Rindfleisches in die EU gesundheitspolitisch nicht mehr vertretbar ist und ein konsequenter Verbraucherschutz nur über ein sofortiges Verbot des Imports britischen Rindfleisches möglich ist?

63. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus in bezug auf ihre BSE-Verordnung, mit der sie derzeit den Import von Rinderteilen, die von Tieren des Jahrgangs 1992 und jünger stammen, aus dem Vereinigten Königreich ohne besondere Auflagen gestattet?

64. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um zu klären, ob der Rückgang minifester BSE-Erkrankungen in Großbritannien nicht nur durch eine Vorverlegung des Schlachtzeitpunktes bei möglicherweise infizierten Rindern erreicht wurde, und welche Ergebnisse haben die von Bundesminister Horst Seehofer in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 9. Februar 1995 hierzu angekündigten Nachforschungen erbracht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

65. Abgeordneter **Benno Zierer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der wachsenden Immissionsbelastung durch Straßenverkehrslärm durch Verschärfung der höchstzulässigen Schallwerte bei Kraftfahrzeugen, insbesondere bei Zweiradfahrzeugen und Lastkraftwagen, und durch entsprechende Überwachung durch die Technischen Überwachungsvereine und verkehrspolizeiliche Kontrollen zu begegnen?

66. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Welche Untersuchungen sind im Zusammenhang mit dem seit langem geplanten Bau einer Anschlußstelle Ringsheim an der Bundesautobahn 5 derzeit im einzelnen noch im Gange, und wann ist konkret mit einem Abschluß dieser Untersuchungen zu rechnen?

67. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Haben sich in diesem Kontext seit 1992 wesentliche Änderungen ergeben, die den bisher geplanten Baubeginn einer solchen Anschlußstelle im Jahre 1996 verzögern werden?

68. Abgeordnete **Franziska Eichstädt-Bohlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Mittel sind für die Nord-Süd-Verbindung der Fernbahn und den Lehrter Zentralbahnhof im laufenden Haushalt 1995 eingestellt worden, und aus welchen Gründen werden diese Mittel nicht freigegeben?

69. Abgeordnete **Franziska Eichstädt-Bohlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu welchem Ergebnis führte die im Eisenbahnneuordnungsgesetz vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsberechnung für dieses Projekt (Knoten Berlin — Nord-Süd-Verbindung), und warum lag diese Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht zu Beginn des Planfeststellungsverfahrens vor?

70. Abgeordnete **Monika Ganseforth** (SPD)

Für welche Nutzergruppen führt der Deutsche Wetterdienst Beratungen durch, und wie verteilen sich die prozentualen Anteile jeweils?

71. Abgeordnete **Monika Ganseforth** (SPD)

Welche Kosten entstehen im Durchschnitt pro Beratung jeweils für Flüge nach Sichtflugregeln bzw. nach Instrumentenflugregeln?

72. Abgeordneter **Dr. Winfried Wolf** (PDS)

Hat die Deutsche Bahn AG geprüft oder prüfen lassen, inwieweit das klassische Schienenverkehrskonzept für Metropolen wie Berlin (oder Paris, Madrid, Wien etc.) nicht auch für die neue/alte Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland Sinn macht, nämlich die Wiedererrichtung von drei oder vier Kopfbahnhöfen auf noch existierendem bahneigenem Gelände, auf welche ein Großteil der Züge aus unterschiedlichen Richtungen weit in den Kern der City hineinfahren kann, wobei sich solche Kopfbahnhöfe ideal mit der bestehenden durchgehenden Stadtbahn kombinieren ließen?

73. Abgeordneter **Dr. Winfried Wolf** (PDS)

Hat die Deutsche Bahn AG zur Kenntnis genommen, daß in allen Metropolen vergleichbarer Art der Ziel- und Quellverkehr im Schienenfernverkehr bei 90 und mehr Prozent und der Durchgangsverkehr bei weniger als 10 Prozent liegen und daß daher jedes Konzept, bei welchem Milliarden Deutsche Mark für eine Durchgangsverkehrskonzeption (Lehrter Bahnhof) investiert werden, als Fehlinvestition zu bezeichnen ist, zumal bereits Schienenverbindungen existieren, mit denen ein Durchfahren bzw. eine Umfahrung von Berlin möglich ist?

74. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Wasserstraßenklasse wird der unteren Mittelelbe nach den Planungen der Bundesregierung zukünftig zugeordnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

75. Abgeordneter **Rolf Köhne** (PDS)	Wer sind die neuen Eigentümer, respektive die neuen Besitzer des in La Hague wiederaufgearbeiteten Urans deutscher Energieversorgungsunternehmen, welches unter Beteiligung der EURATOM-Versorgungsagentur veräußert wurde?
76. Abgeordneter **Rolf Köhne** (PDS)	Erfolgte im Anschluß an die Veräußerung des wiederaufgearbeiteten Urans eine schadlose Verwertung oder eine geordnete Beseitigung, und welche Nachweise wurden über die Verwertung bzw. über die Beseitigung geführt?
77. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)	Warum hat die Bundesregierung die bereits angekündigte Elektronikschrottverordnung noch nicht vorgelegt, und bis wann ist mit einer bundeseinheitlichen Regelung zu rechnen, damit die zuständigen Kommunen eine Rechtsbasis haben, um mehr von diesen Abfällen von den Deponien fernhalten zu können?
78. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)	Warum weigert sich die Bundesregierung, Rußland eine Probe des am 10. August 1994 in München sichergestellten Plutoniums (PU) für Vergleichsuntersuchungen zur Verfügung zu stellen?

Bonn, den 23. Juni 1995

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 382 08 40, Telefax (0228) 382 08 44
ISSN 0722-8333